

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 243

Oktober 2011

Thomas Hardegger in den Ständerat



Und in den Nationalrat
Barbara Thalmann, SP-Liste 2

Inhalt

Für alle statt für wenige	3
Von Jacqueline Fehr, Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz	
«Die SP als grösste konstruktive Kraft gehört ins Stöckli»	4
Interview mit Thomas Hardegger, SP-Kandidat für den Ständerat	
Wir wollen ändern was uns stört	6
Von Patrick Angele, Gemeinderat Dübendorf	
Für eine soziale Schweiz mit hoher Lebensqualität	7
Von Barbara Thalman, Stadträtin Uster	
Die SP ist die Hüterin der Landschaft	8
Von Karin Maeder, Kantonsrätin Rütli ZH	
Ein junger, frecher Haufen will nach Bern	9
Von Ursula Näf und Fabian Molina, Co-Präsidium JUSO Kanton Zürich	
Uster auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft	10
Von Thomas Wüthrich, Co-Präsident Initiativkomitee, zur lokalen Abstimmung «Umweltschutz konkret» vom 27. November	
Sinnvolle und pragmatische Regelung	10
Von Markus Wanner, SP-Gemeinderat, zur lokalen Abstimmung vom 27. November, über die neue Parkplatzverordnung	
Unnötige Doppelspurigkeit abbauen	11
Von Stefan Feldmann, zur lokalen Abstimmung vom 23. Oktober, über die Teilrevision der Ustermer Gemeindeordnung	
Abstimmungsparolen für den 23. Oktober und 27. November	11
Veranstaltungs-Kalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	16 000 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 880–13431–8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder:	Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Wenn wir auf die 1463 Tage seit den letzten National- und Ständeratswahlen zurückblicken, so stellen wir fest, dass viele kleinere und grössere Themen kamen und gingen. Betrachten wir die vergangene Legislatur aber durch die Brille der grossen politischen Linien, so müssen wir feststellen, dass die grösste Herausforderung, die sich der Politik stellt, wohl nicht kriminelle AusländerInnen sind, noch sich die Frage aufdrängt, ob wir überhaupt und wenn ja, wann der EU beitreten wollen. Die grösste politische Herausforderung liegt heute darin, wie wir sicherstellen, dass alle vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren können und nicht nur ein paar wenige.

Vor drei Jahren mussten die Staaten dieser Welt die Banken, die das Finanzsystem an den Rande des Abgrundes geführt hatten mit Milliarden und Abermilliarden «raushauen». Die Politik versprach, dass man nun die Banken an die Leinen nehmen wolle, dass man dafür sorgen wolle, dass der Kasinokapitalismus nicht auch noch die Realwirtschaft in den Abgrund reissen kann. Wir wissen es: Passiert ist wenig, spekuliert wurde munter weiter. Etwa gegen den Schweizer Franken. Die Folge: Eine Exportkrise und die Gefahr, dass Tausende von Arbeitsplätzen ins Ausland verlegt werden. Das Muster ist immer das gleiche: Einige wenige profitieren, wir alle zahlen die Rechnung. Heute besitzt ein Prozent der SchweizerInnen soviel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Das kann so nicht weitergehen.

Die SP Schweiz und die SP Kanton Zürich wollen diese Politik nicht weiter akzeptieren. Die SP setzt sich für eine Politik ein, die alle gleichermassen am wirtschaftlichen Erfolg des Landes teilhaben lässt. Sie stellen dabei jene Punkte ins Zentrum, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind: Bezahlbaren Wohnraum, existenzsichernde Löhne, ein wirtschaftlicher Innovationsschub dank der Förderung von erneuerbaren Energien, eine gesicherte Gesundheitsversorgung, Chancengleichheit in der Bildung, ein gerechtes Steuersystem – alles Themen, bei denen die grosse Mehrzahl unserer Bevölkerung, der Mittelstand, die Familien der Schuh drückt! Alles Themen, bei denen die SP Lösungen anzubieten hat.

Die Tatsache ist: Während andere Parteien sich darauf beschränken entweder Probleme zu bewirtschaften oder auf die unsichtbare Hand des Marktes zu hoffen, schlägt die SP konkrete und machbare Lösungen vor. Am 23. Oktober haben die Stimmberechtigten die Wahl, welche Politik sie in diesem Land haben wollen.

Nationalratswahlen vom 23. Oktober: Um was es bei dieser Wahl geht

Für alle statt für wenige

Alle vier Jahre werden die Stimmberechtigten zur Wahl von National- und Ständerat an die Urne gerufen. Die Wahlen 2011 stehen unter klaren Vorzeichen: Welche Politik wollen die Stimmberechtigten in den nächsten Jahren? Eine Politik, die sich aus einem Gegeneinander, einem Alle gegen Alle speist? Oder wollen sie eine Politik, in dem wir gemeinsam Verantwortung für uns alle übernehmen? Eine Politik für alle statt für wenige.

Von Jacqueline Fehr, Nationalrätin,
Vizepräsidentin SP Schweiz

Im Wahljahr scheint das patriotische Bekenntnis zur Schweiz zur entscheidenden Gewissensfrage zu werden. Während die einen Parteien die «zufriedenen» oder «glücklichen» oder «erfolgreichen» Schweizer umwerben, hat sich die andere auf die «unzufriedenen» spezialisiert. Dahinter steht der Versuch, den Wählerinnen und Wählern zu versichern, dass man in diesen unruhigen Zeiten zum Vaterland steht. Werberische Landesverteidigung, mit der Fantasien nach altem Muster geweckt werden sollen: Nur, wer jeden Tag vor der Schweizer Fahne salutiert, alle drei Strophen – oder sind es vier? – unserer Landeshymne auswendig singen kann und bei Schillers Tell Tränen der heimatlichen Rührung in den Augen hat, ist auch fähig, für das Wohl unseres Landes einzustehen.

Wollen wir die Begriffe «Schweiz» und «Heimat» wirklich zu werberischen Leerfloskeln verkommen lassen? Ist die Schweiz als unsere Heimat nicht viel mehr als oberflächliche Bekenntnisse? Alt-Bundesrat Ritschard meinte einmal: «Heimat ist dort, wo man keine Angst haben muss.» Wir fühlen uns dort zuhause, wo wir wissen, wie das Leben funktioniert und wo wir uns gut aufgehoben fühlen. Unsere Heimat ist dort, wo wir einander vertrauen und wo wir zusammen anpacken mit dem Willen, so gemeinsam auch die Herausforderungen von morgen zu meistern.

Es gibt Kräfte in diesem Land, die nach dem alten Kriegsmotto «Teile und herrsche!» politisieren: Alle werden gegeneinander ausgespielt: Alt gegen Jung, Krank gegen Gesund, Stadt gegen Land. Profitieren tun von dieser Politik nur ein paar ganz Wenige. Zahlen hingegen tut die grosse Mehrheit. Die einen trifft es, weil sie immer mehr Gesundheitsleistungen aus dem eigenen Portemonnaie bezahlen müssen. An-



Jacqueline Fehr (1963) ist Projektarbeiterin und seit 1998 Nationalrätin. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 2.

dere haben mit höheren Mieten zu kämpfen. Andere können kaum die Abonnements für den öffentlichen Verkehr mehr zahlen und wieder andere haben Angst vor den hohen Kosten der Alterspflege.

Die SP hat eine andere Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft. Wir setzen uns für eine Politik ein, die das Wohl aller im Auge hat und sich nicht an den Sonderinteressen von ein paar wenigen ausrichtet. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle für sich und für andere Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen sicheren Boden unter den Füßen haben und ein selbstbestimmtes Leben ohne heuchlerische Konventionen führen können.

Die Schweiz ist ein Land des Miteinanders.

Gemeinsam haben wir aufgebaut, worauf wir heute zählen können: von der AHV bis zur Volksschule, von der SBB bis zur ETH. Gemeinsam tragen wir zur Schönheit unseres Landes Sorge und wehren uns, wenn kurzfristige Profitinteressen das Gemeinwohl bedrohen.

Die Schweiz ist ein Land des Ausgleichs.

Der Schweiz geht es dann gut, wenn wir aufeinander acht geben und füreinander eintreten. Unsere Sozialversicherungen, aber auch der Wille, Brücken zwischen Stadt und Land und zwischen den Landesteilen und Sprachregionen zu schlagen, sind Ausdruck davon.

Die Schweiz ist ein Land der Demokratie.

Wir entscheiden gemeinsam, wie unsere Zukunft aussehen soll. Wir tragen gemeinsam Verantwortung. Und wir entscheiden, wie viel wir uns mit fairen Steuern gemeinsam von dem leisten, was wir alleine nie finanzieren können: Bildung, Gesundheitsversorgung, Strassen, öffentlicher Verkehr, Polizei, Rechtssicherheit, Altersvorsorge usw.

Die Schweiz ist ein Land der Freiheit.

Wir wollen auf eigenen Beinen stehen und selbstbestimmt über unsere Leben entscheiden. Wir sagen ja zu Spielregeln, die ein faires Zusammenleben regeln, denn wir wissen, dass unsere Freiheit dort ihre Grenzen hat, wo die Freiheit des anderen beginnt. Verbote jedoch, die nur darauf abzielen, die Lebensstile und Lebensmuster einzuengen, werden als Einschränkungen und Bevormundung empfunden und abgelehnt.

Die Schweiz des Miteinanders, des Ausgleichs, der Demokratie und der Freiheit ist unsere Schweiz. Das ist unsere Schweiz.

Die Schweiz für alle statt für wenige.

Ständeratswahlen vom 23. Oktober: Thomas Hardegger in den Ständerat

«Die SP als grösste konstruktive

34 Sitze im Nationalrat und 2 Sitze im Ständerat sind zu vergeben. Letztere sind besonders begehrt: Gleich neun KandidatInnen sind um einen der beiden Sitze im «Stöckli» im Rennen. Für die SP kandidiert der Rümlanger Gemeindepräsident und Kantonsrat Thomas Hardegger. Im FORUM-Interview erklärt er, was ihn an einer Einsitznahme in der kleinen Kammer reizt und welche politischen Schwerpunkte er dort setzen will.

FORUM: *Thomas Hardegger, Sie kandidieren am 23. Oktober für den Ständerat. Der Wahlkampf läuft bereits auf vollen Touren. Darum als erstes die Frage: Wie läuft's?*

Thomas Hardegger: Es läuft sehr gut. Natürlich hält mich die Ständeratskandidatur auf Trab und ich bin kaum einen Abend zu Hause. Aber gleichzeitig geniesse ich so viele interessante Begegnungen und erfahre viele Ermunterung für meine Kandidatur.

Sie kandidieren ja sowohl für den National- als auch für den Ständerat. Warum zieht es Sie nach Bern?

Viele Entscheide, die die kantonale und kommunale Politik beeinflussen, werden letztlich in Bern gefällt: im Gesundheitswesen, in der Verkehrs- und Luftfahrtpolitik, in der Raumplanung, zum Atomausstieg und Klimaschutz. Hier möchte ich meinen Einfluss zu Gunsten einer fortschrittlichen Politik geltend machen.

Und was reizt Sie speziell an der kleinen Kammer? Warum kandidieren Sie nicht einfach «nur» für den Nationalrat?

Ich habe mich schon immer für alle Politbereiche interessiert, denn letztlich müssen Themen wie Bildung, Steuern, Verkehr usw. usf. ineinandergreifen, denn sie alle sind für die Lebensbedingungen der Menschen verantwortlich. Als Kantonsrat und als Gemeindepräsident in Rümlang habe ich immer versucht, in allen Bereichen präsent zu sein. Und in Bern kommt diese Fähigkeit vor allem im Ständerat zu tragen, während im Nationalrat ein viel grösseres Spezialistentum herrscht.

Ein Ständerat wird mehr als ein Nationalrat als Vertreter des ganzen Kantons wahrgenommen. Hilft Ihnen da Ihre Erfahrung als Gemeindepräsident, der ja auch ein wenig über den Niederungen der Parteipolitik stehen muss?

Ich denke schon. Im Stöckli wird noch vermehrt über die Parteigrenzen hinweg nach Kompromissen gesucht. Dies bin ich mir von der Arbeit in der Exekutive und in den Kommissionen her gewohnt. Ich habe zwar klare eigene Positionen

und stecke die Ziele hoch, letztlich bringe ich aber zuerst einmal die Verbesserungen für die Bevölkerung ins Trockene, die sich in den Beratungen erreichen lassen.

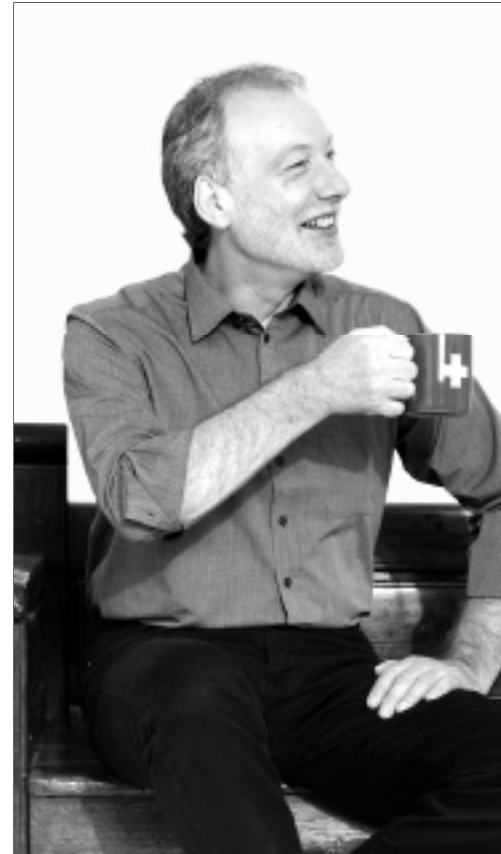
Welches sind für Sie denn die wichtigsten Themen, welche Probleme müssen in den nächsten Jahren angegangen und gelöst werden? Und was können Sie dazu in Bern beitragen?

Ich will eine Politik zugunsten der gesamten Bevölkerung machen. Und das heisst für mich, dass wir einerseits vor allem in die Bildung, Weiterbildung und die Forschung investieren müssen. Das ist letztlich auch die beste Förderung unseres Wirtschaftsstandortes. Grosse Herausforderungen sehe ich im Bereich der Gesundheitspolitik. Hier müssen wir eine qualitativ sichere und für alle bezahlbare Gesundheitsversorgung sicherstellen. Immer wichtiger wird die Wohnraumpolitik, hier müssen wir in den Städten und Agglomerationen wieder vermehrt auch für «normale» Leute bezahlbaren Wohnraum anbieten. Dies auch, damit die Zersiedelung der Landschaft gestoppt und zusammenhängende Natur- und Erholungsräume gesichert werden können. Dazu gehört auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs. Und schliesslich müssen wir nun den raschen Atomausstieg sicherstellen und den Klimaschutz vorantreiben.

Die SP des Kantons Zürich ist schon seit vielen Jahren nicht mehr im Ständerat vertreten. Wie schätzen Sie persönlich Ihre Wahlchancen ein?

Am 23. Oktober wird abgerechnet. Es ist zwar sicher so, dass ich wie alle anderen HerausfordererInnen auch gegen zwei Bisherige aus der zweiten Reihe starte, doch selbst der «Tages-Anzeiger» zeigt Szenarien auf, die auf einen 2. Wahlgang hindeuten. Dann werden die Karten neu gemischt. Warten wir es also einfach mal ab.

Politik ist eine durchaus anstrengende Arbeit: Veranstaltungen am Abend, Aktenstudium am Wochenende. Wie bringen Sie Beruf, Politik und Privatleben unter einen Hut?



Er ist bereit für den Ständerat: Thomas Hardegger hat als Kantonsrat und Gemeindepräsident in Rümlang bewiesen, dass er fähig ist für den Ständerat.

In erster Linie durch eine positive Einstellung zum Sinn meiner politischen Tätigkeit und den Erfolgen als Kantonsrat und Gemeindepräsident. Und nicht zuletzt schöpfe ich aus den vielen persönlichen Begegnungen im Wahlkampf und den anregenden Veranstaltungen Energie.

Im Moment ist Ihr Terminkalender sicherlich voll bis obenhin, Entspannung deshalb besonders wichtig. Wo finden Sie Ihren Ausgleich von der Politik, auch abseits von Wahlkampfzeiten? Auf Spaziergängen, Velofahrten und Wanderungen. Am liebsten jedoch beim Jassen.

Können Sie abschliessend in einem Satz sagen, weshalb man Sie als Ständerat wählen soll? Damit die Interessen der Menschen im Kanton Zürich auch tatsächlich vertreten werden, braucht es die SP als stärkste konstruktive Kraft auch im Stöckli. Die SP macht Politik für alle und nicht für wenige. Dafür kämpfe auch ich.

Kraft gehört ins Stöckli»



Zur Person

Thomas Hardegger ist 55 Jahre alt und ausgebildeter Sekundarlehrer. Seine politische Karriere begann er 1994 als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK) in Rümlang. 2002 wurde Hardegger in den Rüm- langer Gemeinderat gewählt, seit 2006 ist er Gemeindepräsident. Auf kantonaler Ebene hat er sich von 2000 bis 2005 im Zürcher Verfas- sungsrat engagiert, seit 2001 ist er Mitglied des Kantonsrates und präsidierte von 2007 bis 2011 die Kommission für Planung und Bau. Thomas Hardegger verfügt über ein breit ge- knüpftes Netz und ist in zahlreichen Organi- sationen tätig. So ist er Vizepräsident des Schutz- verbandes der Flughafen-Gemeinden, Präsident der IG West und einer der Motoren der Behördeninitiative, die ein Pistenausbau- verbot am Flughafen erreichen will.



«Ich wähle Thomas Hardegger, weil er als Gemeindepräsident von Rümlang die Sorgen und Wünsche der Gemeinden an Bund und Kanton kennt. Und genau solche Brückenbauer brauchen wir in Bern.»



«Ich wähle Thomas Hardegger in den Ständerat, weil er ein erfahrener Sach- politiker ist, gut verhandeln kann und unser Land und die Menschen, die es bewohnen, gern hat.»

*Regine Aepli,
Regierungsrätin Zürich*

«Thomas Hardegger politisiert gradlinig und zuverlässig. Solche Leute braucht es in Bundesbern.»



*Mario Fehr,
Regierungsrat Zürich*



«Thomas Hardegger kennt die Anliegen des Lebensraums und der Wirtschafts- region Zürich. Er vertritt sie engagiert und mit Sachver- stand. Ich freue mich, wenn er dies auch in Bern tun wird!»

*Corine Mauch,
Stadtpräsidentin Zürich*

«Ich wähle Thomas Hardegger, weil er einen klaren Standpunkt immer mit einem offenen Ohr für andere Argumente ver- bindet – genau das, was wir im Stände- rat benötigen.»



*Stefan Feldmann,
Präsident der
SP Kanton Zürich*



*Martin Bornhauser,
Stadtpräsident Uster*

Nationalratswahlen vom 23. Oktober: Patrick Angele in den Nationalrat

Wir wollen ändern was uns stört

Machen wir uns nichts vor, mit einer Stimmbeteiligung die zwischen 30 und 45 Prozent schwankt, kränkelt unsere Demokratie. Viele Menschen haben den Glauben an die Politik verloren. Haben sich enttäuscht davon abgewendet oder nach dem Motto «die da oben in Bern machen ja eh was sie wollen» gar nie daran beteiligt. Das muss sich wieder ändern.

Von Patrick Angele, Gemeinderat Dübendorf

Ich möchte aufzeigen, dass wer Mut, Entschlossenheit und Konfliktbereitschaft mitbringt, sehr wohl etwas in der Gesellschaft ändern kann. Denn ich will die Gesellschaft verändern. Nicht aus linker Träumerei, sondern aus Überzeugung. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich hinter den Wörtern Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und Freiheit keine blossen Schlagwörter stecken. Sie sind das Fundament meiner politischen Ansichten.

1 Prozent besitzt soviel wie 99 Prozent
Wenn 68 Milliarden Franken über Nacht und ohne Auflagen an eine marode Super-Bank (UBS) überwiesen werden, wenn gleichzeitig Parteien kurz vor wichtigen Abstimmungen im National- und Ständerat von derselben Bank Geld bekommen, dann stimmt etwas nicht. Wenn es in einer Gesellschaft schreiende Ungleichheiten gibt, wenn zum Beispiel 1 Prozent der reichsten Schweizerinnen und Schweizer gleichviel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung besitzen, auch dann stimmt etwas nicht.

Einem wachsenden Teil der Gesellschaft geht die Geduld für die Hinnahme einer solch offenkundig ungerechten Verteilung von Lebenschancen allmählich aus. Das gefährdet das Vertrauen in eine Demokratie, die scheinbar nichts dagegen tun kann – oder will. Diejenigen, die wir gewählt haben, haben keine Macht. Und diejenigen, die Macht haben, haben wir nicht gewählt.

Wer macht die Regeln?

Es ist an der Zeit wieder einmal die Frage zu stellen, wer denn die Regeln in diesem Land bestimmt. Ist es die so genannte Wirtschaftselite oder ist es das Volk? Sind es die Banken und Abzocker oder die Demokratie?

Wir brauchen eine Schweiz, die wir alle mitgestalten können. Eine Schweiz, die ihre Verantwortung wahrnimmt und die Ungerechtigkeiten aus der Welt schafft. Eine Schweiz, die dank



Patrick Angele (1986) ist medizinischer Masseur, Gewerkschaftssekretär und Gemeinderat in Dübendorf. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 8.

erneuerbaren Energien und Energieeffizienz tausende neue Arbeitsplätze generiert und somit mithilft, der drohenden globalen Klimakatastrophe entgegen zu wirken. Eine Schweiz, welche ihre internationale Pflicht wahrnimmt und gegen Krieg, Ausbeutung und Hunger kämpft statt unnütze Milliarden in die Armee zu buttern.

Am 23. Oktober stelle ich mich zur Wahl. Ich möchte Nationalrat werden, um zu ändern, was mich stört. Am 23. Oktober geht es um viel. Es geht darum, ob wir in Zukunft Politik für uns alle

machen. Oder ob wir das Land ein paar wenigen überlassen wollen, die immer mehr Macht und Geld auf sich vereinen.

Nur wer sich beteiligt, entscheidet mit. Leider geht Wählen neben den vielen kleinen und grossen Dingen im Alltag immer wieder vergessen. Und am 23. Oktober abends wenn die Resultate langsam kommen, ist es dann zu spät. Ich will einen Beitrag dazu leisten, dass möglichst viele an die Urne gehen und sich für eine Schweiz einsetzen in der Politik für alle gemacht wird. Packen wir es an!

Nationalratswahlen vom 23. Oktober: Barbara Thalmann in den Nationalrat

Für eine soziale Schweiz mit hoher Lebensqualität

Als Mutter, Architektin, Nachbarin, Politikerin mit 13-jähriger Erfahrung in Parlament und Exekutive setzte ich mich in den letzten Jahren mit verschiedensten Themen auseinander, von der Sozial- über die Arbeits- bis zur Wohnbaupolitik. Dieses Know How möchte ich auch auf nationaler Ebene einbringen und mit meiner Exekutiverfahrung helfen, die Lösungen für die Gemeinden praktikabel zu machen.

Von Barbara Thalmann, Stadträtin Uster

Weder der Kanton Zürich noch die Schweiz kann die ökonomische, globale Grosswetterlage grundlegend ändern. Mit gezielten und richtigen Investitionen aber kann die öffentliche Hand helfen, Arbeitsplätze zu erhalten und das wirtschaftliche Wohlergehen einheimischer Firmen zu unterstützen. Und auch indirekt kann der Staat Arbeitsplätze schaffen. Dies, indem er für ansässige Firmen gute Rahmenbedingungen anbietet. Darunter verstehe ich insbesondere eine gute familienergänzende Betreuung, ein attraktives Wohnumfeld für Mitarbeitende, ein stabiles politisches System, auf das man sich verlassen kann, ein gutes Bildungssystem, soziale Sicherheit und gute Verkehrsverbindungen.

Das soziale Netz sichern

Wir haben einen durchdachten und gut funktionierenden Sozialstaat geschaffen, der viele Risiken auffängt oder abfedert. Dennoch, von grosser Bedeutung ist die Konjunktur, die den grössten Ausschlag gibt, ob es den Menschen gut geht oder nicht. Je mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, desto weniger Sozialleistungen müssen in Anspruch genommen werden.

Als Sozialvorsteherin sehe ich, wie zentral die Arbeit für die meisten Menschen ist, und welche Folgen – nicht nur materielle – der Verlust derselben mit sich bringt. Ich sehe aber auch, dass es Menschen gibt, die in unserer Arbeitswelt nicht mithalten können. Ich erachte es als enorm wichtig, dass auch Menschen mit Einschränkungen Chancen durch ihnen angepasste Tätigkeiten erhalten. Vermehrt muss sich unsere Gesellschaft um diejenigen Personen kümmern, die ohne Hilfe aus den sozialen Netzen herausfallen; Stichworte hierfür sind ein adäquater 2. Arbeitsmarkt oder die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den sozialen Institutionen.

Wenn Rezession, Arbeitslosigkeit oder eine Krise droht, ist es wichtig, sich auf ein stabiles soziales Netz abstützen zu können. Die Schweiz hat die



Barbara Thalmann (1966) ist Architektin ETH und Stadträtin von Uster. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 15.

hierfür nötigen Instrumente, welche es insbesondere in Krisenzeiten zu sichern gilt. Mit einem gut ausgebauten Ergänzungsleistungssystem werden ältere und behinderte Menschen in ihrer Existenz unterstützt. Das soll so bleiben. Wer in seinem Leben in Not gerät, soll auch künftig Sozialhilfe erhalten. Allfälliger Missbrauch – wie jeder andere Missbrauch auch – ist verwerflich und konsequent zu bekämpfen.

Wohnungen aller Art fördern

Der Grossraum Zürich wächst und die Bevölkerung nimmt stetig zu. Ob, oder vor allem wie dieses Wachstum bewältigt werden soll, ist eine Frage, die mich beschäftigt. Bei dieser Entwick-

lung kommen der Wohnungsmarkt, das Verkehrssystem und die Naherholungsräume an ihre Grenzen. Beim Wohnen heisst das, die Preise der Immobilien als auch Wohnungsmieten steigen an, was insbesondere für Familien zu grossen finanziellen Belastungen führt.

Um einer krassen Wohnraumpreisentwicklung entgegenzuwirken, ist eine Zusammenarbeit mit nicht gewinnorientierten Wohnbaugenossenschaften sinnvoll. Eine ausgewogene Zusammensetzung der Bevölkerung ist meiner Meinung nach notwendig für ein funktionierendes Gemeinwesen. Als Exekutivpolitikerin und Bürgerin möchte ich, dass diese Anliegen auf nationaler Ebene in Bern gehört werden.

Nationalratswahlen vom 23. Oktober: Karin Maeder in den Nationalrat

Die SP ist die Hüterin der Landschaft

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wie sie uns bevorstehen, stehen soziale und wirtschaftliche Themen im Vordergrund. Doch darob sollte nicht vergessen werden, dass es für unseren Wohlstand auch einer intakten Umwelt bedarf. Nur eine Wirtschaft und Gesellschaft, die in Einklang mit der Umwelt lebt, hat auch längerfristig eine Zukunft.

Von Karin Maeder, Kantonsrätin Rütli ZH

Lange Zeit habe ich mich mit verschiedenen Ideen als Grundthema dieses Artikels getragen. Seit einer Veranstaltung im August in Wald weiss ich aber, worüber ich hier schreiben will: Über die Notwendigkeit, den Lebensraum zu erhalten und das Engagement der Bevölkerung, das auch durchzusetzen. Der Gemeinderat von Wald orientierte an besagter Veranstaltung die Bevölkerung über das Vorhaben «Neugestaltung des Bahnhofareals unter Einbezug des Nordholz». Aus allen Himmelsrichtungen strömten die Walderinnen und Walder in den Schwertsaal, der aus allen Nähten zu platzen schien. Die Walder Bevölkerung will mitreden – das ist gelebte Demokratie.

Ziemlich schnell wurde klar: Die Anwesenden können der Idee im Nordholz, einem zentral gelegenen Stück Wald, Häuser zu bauen und diesen als Naherholungsgebiet mitten im Dorf aufzugeben, nichts abgewinnen. Die ganze Bevölkerung ist besorgt. Sie hat Angst, dass immer mehr Land überbaut und die Lebensgrundlagen aufgebraucht werden. Die Reaktion der Walderinnen und Walder lässt sich auf die ganze Bevölkerung der Schweiz übertragen.

Wir brauchen Erholungsraum

Unser Leben wird immer hektischer; wir erleben Dichtestress. Die Züge und Strassen sind voll, bezahlbarer Wohnraum und Arbeitsplätze sind rar. Wir brauchen Erholungsraum, Wälder, Wiesen, Bäche und Pärke in den Dörfern und Städten. Unsere Kinder brauchen freien Auslauf in der freien Landschaft, ohne diesen können sie sich nicht entwickeln und verkümmern. Jeden Tag werden in der Schweiz mehrere Fussballfelder Land verbaut. Die Siedlungsfläche nimmt um rund einen Quadratmeter pro Sekunde zu. So kann es nicht weiter gehen.

Die Landschaftsinitiative, über die wir schon bald abstimmen werden, ist deshalb dringend nötig. Sie verhindert ein weiteres ausufern des



Karin Maeder (1965) ist Pädagogin, Familienfrau und Kantonsrätin aus Rütli ZH. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 13.

Siedlungsraums in die Landschaft hinaus. Als gutes Beispiel dient das Waldgesetz. Dieses schützt den Wald ganzheitlich. Mit der Landschaftsinitiative wird erreicht, dass in den nächsten 20 Jahren die Gesamtfläche der Bauzonen nicht ausgedehnt wird.

Das Zauberwort heisst verdichten

Wenn mehr Wohnraum benötigt wird, müssen wir verdichtet bauen. Diese Forderung ist unabdingbar. Wir müssen ökonomischer und ökologischer denken. Arbeiten und wohnen soll am selben Ort möglich sein. Damit schlagen wir mindestens zwei Fliegen auf einen Schlag. Neben dem Landschaftsschutz tun wir etwas gegen Mehrverkehr und leisten damit einen wichtigen Beitrag gegen die zunehmende Mobilität.

Die Walderinnen und Walder tun es. Sie verteidigen die Landschaft und den Wald. Sie rügten den Gemeinderat und standen zusammen. Sie zeigen mit ihrem Widerstand, dass ihnen der Wald viel Wert ist. Wenn dieses Stück Wald weg ist, ist ein Stück Lebensqualität weg und wir alle wissen, dass es unwiderruflich verloren ist.

Wir können alle etwas beitragen und Verantwortung übernehmen.

Die Landschaft muss erhalten bleiben. Sie darf nicht durch Einfamilienhäuser und Autobahnen verdrängt werden. Das ist mein Anliegen. Wenn sie dies unterstützen wollen, freue ich mich, wenn Sie mich in den Nationalrat wählen. Im Nationalrat kann ich wichtige Weichen stellen, damit unsere Zukunft lebenswert bleibt.

Nationalratswahlen vom 23. Oktober: Juso-Liste 22 in den Nationalrat

Ein junger, frecher Haufen will nach Bern

Vierunddreissig junge Gesichter blicken einem vom Nationalratsflyer der JUSO entgegen. Junge Männer und Frauen, manche lachen, andere blicken ernst geradeaus, andere schauen visionär in die Ferne. Für die meisten von ihnen ist es der erste Wahlkampf. Es sind vierunddreissig Menschen, die einer Partei angehören, die während der letzten vier Jahre zur wohl grössten Jugendbewegung wurde, die es in der Schweiz gibt.

Von Ursula Näf und Fabian Molina,
Co-Präsidium JUSO Kanton Zürich

Die JUSO ist deshalb zu einer Bewegung geworden, weil sie es schafft, im Alltag Politik zu machen. Die meisten JUSOs debattieren lieber mit ein paar KollegInnen und GenossInnen vor einem Bier in irgendeiner Kneipe, als dass sie in einem Sitzungszimmer Standaktionen planen. Überall wo JUSOs sind, wird für eine andere Gesellschaft eingestanden und sich für sozialistische Werte eingesetzt. So ist die JUSO gewachsen, hat viele Jugendliche erreicht, es wurden immer mehr. Die Mitgliederzahlen schossen in die Höhe. Die JUSO ist zu einer grossen und starken Partei mit Gewicht geworden. Dies alles passierte während der letzten vier Jahre. Nun tritt die Jungpartei bei den National-

ratswahlen im Herbst wieder mit einer eigenen Liste an, doch diesmal mit anderen Erwartungen: Wir wollen nach Bern! Mit einem Sitz auf der eigenen Liste, und/oder mit einem der beiden bestplatzierten JUSOs auf der SP-Liste, Patrick Angele oder Rosmarie Joss.

1:12, Bonzensteuer und Service Public
Die JUSO hat den StimmbürgerInnen mit ihrer Politik während der letzten Jahre genügend Gründe gegeben, um nach Bern gewählt zu werden. Die JUSO hat sich hauptsächlich über die 1:12- und die Bonzensteuer-Initiative ein Profil geschaffen. Die 1:12-Initiative forderte eine Lohnbandbreite mit dem Faktor 12 pro Unternehmen, die Bonzensteuer-Initiative will die Vermögenssteuern für steuerbare Vermögen über 2 Millionen erhöhen. Damit setzt sich die JUSO für Lohn- und Steuergerechtigkeit ein. Es darf nicht weiter eine kleine Schicht von Abzockern und Superreichen die Schweiz in der Hand haben und sich ihre Privilegien entgegen dem Wohl der Bevölkerung sichern. Die Politik muss im Interesse aller handeln und solidarische Lösungen finden.

Mit dieser Botschaft lässt sich auch das dritte Wahlkampfthema zusammenfassen, das sich die JUSOs im Kanton Zürich eigens für die Wahlen erarbeitet haben. Es handelt sich dabei um ein Papier zu einem erweiterten und starken Service Public. Der Service Public ist deshalb

wichtig, weil jene Wirtschaftsbereiche, die ihm angehören, im Sinne der Gesellschaft wirtschaften. Der Service Public bringt gute und sichere Leistungen für einen tieferen Preis, als das die Privatwirtschaft tun könnte. Um dies sicherzustellen sollen teilprivatisierte Wirtschaftsbereiche, die eigentlich dem Service Public angehören, wieder unter die Kontrolle des Bundes gestellt werden und weitere Branchen, die heute noch privatwirtschaftlich geführt werden, dem Service Public angegliedert werden, beispielsweise die Banken.

Die JUSO – auch für die SP ein Gewinn

Mit diesen Forderungen wird die JUSO in den nächsten Wochen und Monaten auf der Strasse anzutreffen sein und für eine stärkere Sozialdemokratie, gerade auch in Bern, kämpfen. Und damit kämpft die JUSO nicht nur für sich alleine, sondern ebenso für die SP. Die JUSO wirkt sich auf die SP besser aus als jede Imagekampagne.

So stehen die vierunddreissig Gesichter auf dem Wahlflyer zusammen mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern symbolisch dafür, dass die Linke wachsen kann, dass sie gewagte Forderungen stellen darf, dass sie sich selbst neu erfinden kann und dass wir in allen Lebensbereichen kämpfen können. Es gibt genug Leute, die nur darauf warten zu spüren, dass es eine Alternative gibt!



Auf der Nationalratsliste der JUSO finden sich drei KandidatInnen aus Uster:
Seyhan Kahya (Listenplatz 5), Lucia Thaler (Listenplatz 8) und Timon Wüthrich (Listenplatz 9).

Abstimmungen vom 27. November: Ja zur Initiative «Umweltschutz konkret» und zum Gegenvorschlag.

Uster auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Die Senkung des Energiebedarfs von heute rund 6000 Watt pro Kopf auf 2000 Watt und eine Energieversorgung, die zu drei Vierteln von Erneuerbaren gedeckt wird – diese Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft geben eine Richtschnur für die nachhaltige Energiezukunft Usters. Mit der Initiative «Umweltschutz konkret» soll die Weiche dafür gestellt werden.

Von Thomas Wüthrich,
Co-Präsident Initiativkomitee

Mit der Volksinitiative «Umweltschutz konkret» soll der Artikel 1 der Gemeindeordnung ergänzt werden, dass sich die Stadt Uster einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Andererseits muss die Stadt zur Erreichung der 2000-Watt-Ziele bis zum Jahr 2050 insbesondere die Energieeffizienz und die Produktion von erneuerbarer Energie fördern, sowie mit geeigneten Massnahmen den CO²-Ausstoss auf eine Tonne pro EinwohnerIn und Jahr reduzieren.

Eine Voraussetzung dazu sind nicht nur energetisch optimierte Bauten. Gleichermassen wichtig sind ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement, städtische Verdichtung, die Verschränkung von

Wohnen und Arbeiten, effiziente Prozesse in der Industrie oder das Konsumverhalten.

Das Programm des Bundes, EnergieSchweiz, lancierte 2010 das Projekt «Energistädte auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft», an dem sechs Pionierstädte teilnehmen, darunter Zürich und Illnau-Effretikon. Schon nach einem Jahr ist das erste Etappenziel erreicht, nämlich einen Verbrauch von weniger als 5160 Watt

pro Kopf auszuweisen. In Zürich werden noch 5000 Watt pro EinwohnerIn, in Illnau-Effretikon sogar nur noch 4500 Watt verbraucht. Die beiden Städte liegen damit rund 20 beziehungsweise 30 Prozent unter dem Schweizer Durchschnitt. Die energiepolitischen Massnahmen zeigen Wirkung.

Fukushima hat uns vor Augen geführt, dass die Atomenergie nur in einem Punkt nachhaltig ist: in der nachhaltigen Unbewohnbarmachung von grossen Landstrichen. Und spätestens angesichts



dieses Desasters wird auch deutlich, dass Atomstrom kein billiger Strom ist.

Deshalb: Um unser Energie- und Klimaproblem zu lösen, müssen wir die Energieeffizienz deutlich steigern, den Energieverbrauch ohne Nutzen eliminieren und auf erneuerbare Energien setzen. Nur mit dieser nachhaltigen Lebensweise haben unsere Kinder und Enkelkinder die gleichen Chancen wie wir! Mit einem doppelten Ja zu Initiative und Gegenvorschlag stellen wir dies sicher.

Abstimmungen vom 27. November: Ja zur neuen Parkplatzverordnung

Sinnvolle und pragamtische Regelung

Dass das Parkieren auf öffentlichem Grund etwas kosten soll, ist unter den politischen Parteien in Uster im Grundsatz unbestritten. Doch wenn es um die Details geht, scheiden sich die Geister. Im Gemeinderat resultierte letztlich ein Kompromiss, der einzig der SVP nicht passt: Sie hat gegen die neue Verordnung das Referendum ergriffen. Auch wenn sich die SP nicht in allen Punkten durchsetzen konnte, empfiehlt sie ein Ja.

Von Markus Wanner, Gemeinderat SP Uster

Eine möglichst klare, einheitliche Regelung der Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund, das soll die neue Parkplatzverordnung bringen. Deshalb werden in der neuen Verordnung verschiedene bisherige Teilreglemente zum gebührenpflichtigen Parkieren, wie etwa

das nächtliche Dauerparkieren oder die Abgabe von Dauerkarten, im neuen Reglement zusammengefasst. Im Stadtzentrum sind neu 30 Minuten (heute 15 Minuten) parkieren gebührenfrei. Und das Gewerbe kann neu für einen Betrag von 200 Franken eine Jahresparkkarte beziehen.

In der Beratung im Gemeinderat wurde vor allem seitens der SVP versucht, Spezialbehandlungen für Sondergruppen herauszuschlagen. So sollten etwa die Parkplätze am See, bei der Schiessanlage, bei der Reithalle und der Sportanlage Buchholz von der Parkplatzverordnung ausgenommen werden.

Dies gelang glücklicherweise nicht, denn warum sollen Sporttreibende, welche mit dem Auto zur Sportanlage fahren, anders behandelt werden als solche, welche mit dem öffentlichen Verkehr anreisen und dafür ebenfalls bezahlen? Zumal Trainerinnen und Trainer, die ehrenamtlich tätig sind, eine kostenlose Parkkarte beantragen

können. Mit dieser Regelung wird ihre Freiwilligenarbeit unterstützt und sie können deshalb nicht als Argument dafür herhalten, generell alle BesucherInnen von der Parkplatzgebühr zu befreien.

Die neue Parkplatz-Verordnung ist ein ausgewogener Kompromiss. Sowohl SP und Grüne – die gemeinsam die Erhöhung der Gratisparkzeit im Zentrum bekämpften –, als auch die SVP – welche die erwähnten Sonderregelungen forderte – konnten sich im Gemeinderat nicht gänzlich durchsetzen.

Aber während die Linke die neue Verordnung trotz allen Abstrichen als sinnvoll und pragmatisch beurteilt, will die SVP nun mit dem Kopf durch die Wand und hat das Referendum ergriffen. Eigentlich unverständlich, denn sie riskiert bei einer Ablehnung, dass auch ihr grösster Erfolg im Gemeinderat – die Reduktion der Gebühr der Jahresparkkarte für das Gewerbe von 400 auf 200 Franken – wieder hinfällig wird.

Abstimmungen vom 23. Oktober: Ja zur Teilrevision der Gemeindeordnung

Unnötige Doppelspurigkeit abbauen

Stadt- und Gemeinderat teilen sich heute die Zuständigkeit für die Einbürgerungen. Das führt zu unnötigen Doppelspurigkeiten, Kosten und Wartezeiten. Viele Zürcher Gemeinden sind deshalb dazu übergegangen, die Einbürgerungen ganz in die Hände der Exekutive zu legen. Dieser Schritt soll jetzt mit einer Teilrevision der Gemeindeordnung auch in Uster vollzogen werden.

Von Stefan Feldmann

Stadtrat und Gemeinderat teilen sich heute die Zuständigkeit für Einbürgerungen. Während der Stadtrat für die Einbürgerung von SchweizerInnen und Personen, welche einen (bedingten) Anspruch auf Einbürgerung haben, zuständig ist, liegen die übrigen Einbürgerungen in der Kompetenz des Gemeinderates. Das allerdings führt zu Doppelspurigkeiten: Auch jene Gesuche, für die der Gemeinderat zuständig ist, werden nämlich von einem Ausschuss des Stadtrates vorgeprüft und die BewerberInnen zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. Nach der Weiterleitung des Gesuchs an den Ge-

meinderat beginnt dann das ganze Prozedere nochmals von vorne: Die Bürgerrechtskommission prüft das Gesuch nochmals, nochmals führt sie ein Gespräch.

Diese Doppelspurigkeit ist unnötig, zumal der Gemeinderat praktisch in allen Fällen zum gleichen Schluss kommt, wie der Stadtrat. Wer schon mal eine Einbürgerungssitzung des Parlamentes besucht hat, erlebt ein absurdes Schauspiel: Die Gemeinderatsmitglieder stimmen wort- und diskussionslos über Dutzende von unbestrittenen Einbürgerungsgesuche ab.

Mit der Teilrevision der Gemeindeordnung soll nun die Zuständigkeit für alle Einbürgerungen in die Hände des Stadtrates gelegt werden. Dies schafft nicht nur die oben genannte Doppelspurigkeit ab, sondern spart letztlich auch einiges an Kosten. Deshalb haben immer mehr Gemeinden im Kanton Zürich ihre Verfahren vereinfacht: Vor zehn Jahren lag die Einbürgerungskompetenz nur gerade in acht Gemeinden bei der Exekutive, inzwischen bürgern rund die Hälfte der Gemeinden nach diesem Modus ein.

Im Gemeinderat war die Teilrevision der Gemeindeordnung und die Verschiebung der Kompetenzen zum Stadtrat von links bis weit ins bürgerliche Lager unbestritten. Einzig die SVP lehnt die Vorlage ab. Die Gründe dafür bleiben unklar, denn von einer «Verschleuderung des Bürgerrechts» kann sogar nach SVP-Meinung in Uster keine Rede sein, stimmt sie doch im Gemeinderat den unbestrittenen Bürgerrechtsgesuchen genauso häufig zu wie die anderen Parteien.

Wechsel im Gemeinderat: Lucia Thaler folgt auf Regula Trüeb

SP-Gemeinderätin **Regula Trüeb** erwartet eine neue grosse, spannende Aufgabe: Der Zürcher Kantonsrat hat die Nänikerin Ende August als Vertreterin der Berufsschullehrerschaft in den Bildungsrat des Kantons Zürich gewählt. Diese Wahl in den Bildungsrat führte aber gleichzeitig dazu, dass Regula Trüeb per Ende September aus dem Gemeinderat zurücktrat. Regula Trüeb gehörte dem Ustermer Parlament seit den Wahlen von 2002 an und hatte ab 2006 das Präsidium der Kommission Bildung und Kultur (KBK) inne. Sie leitete die KBK mit viel Geschick und Umsicht, was angesichts der Geschäftslast in dieser Kommission eine Herausforderung war.



Die Nachfolge von Regula Trüeb tritt **Lucia Thaler** an. Mit ihren 23 Jahren wird sie das jüngste Mitglied des Ustermer Gemeinderates sein. Lucia Thaler ist in Uster aufgewachsen und studiert zur Zeit an der ETH Zürich Umweltnaturwissenschaften. Während des vergangenen Herbstsemesters absolvierte sie an der Universität Leeds ein Austauschsemester. Lucia Thaler ist seit 2009 Mitglied des Vorstandes der Juso Zürcher Oberland. Die SP Uster dankt Regula Trüeb für ihre langjährige und wertvolle Arbeit im Gemeinderat ganz herzlich. Gleichzeitig wünscht sie Lucia Thaler einen guten Start und viel Freude und Befriedigung im neuen Amt.



Abstimmungsparolen für den 23. Oktober...

Stadt Uster

JA zur Teilrevision der Gemeindeordnung (Änderung Zuständigkeit Einbürgerungen)
...weil damit Doppelspurigkeiten abgebaut und unnötige Kosten eingespart werden können (siehe Artikel oben).

...und für den 27. November 2011

Kanton Zürich

JA zum Gesetz über den Flughafen Zürich
JA zum Gegenvorschlag (bei Stichfrage: Gegenvorschlag)
... weil der Schutz vor Fluglärm Priorität vor dem Bau von neuen Pisten haben muss.

JA zur Volksinitiative «Für faire Ferien»
... weil der Kanton mit der Privatwirtschaft gleichziehen sollte, wo fünf Wochen Ferien die Normalität ist.

NEIN zur Volksinitiative «Stau weg»
... weil die Initiative den wahllosen und ungehemmten Bau von neuen unnötigen Autobahnen fordert.

Stadt Uster

JA zur Volksinitiative «Umweltschutz konkret»
JA zum Gegenvorschlag des Gemeinderates (bei Stichfrage: Volksinitiative)
... weil damit eine nachhaltige Entwicklung in der Stadt Uster gefördert wird (siehe Seite links, Artikel oben).

JA zur Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund
... weil die Regelungen pragmatisch und sinnvoll sind (siehe Seite links, Artikel unten).

Veranstungskalender

OKTOBER-Veranstaltungen «ZUM HUT»

Brother Hood



Bereits zum dritten Mal ist Omri Ziegele mit einem musikalisch überraschenden Projekt zu Gast: Brother Hood, sehr Süffiges aus alten amerikanischen Zeiten und Liedhaftes, Griffiges aus der Feder des Bandleaders.
Omri Ziegele, sax,
Herbert Kramis, b
Dieter Weber, dr

Dienstag, 4. Oktober, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18

Duke of Harmony

Die Dukes spielen akustischen Rock mit Einflüssen aus Blues, Folk, Country und Pop.
Kevin Volken, voc
André Kalberer, back

Samstag, 8. Oktober, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18

Alles wird wie niemand will

Ein Text Performance Abend, witzig, skurril und himmeltraurig. Musikalisch begleitet vom Urgestein «Kur und Bad».
Markus Landolt, viol voc
Claude Hutter, voc
Jens Nielsen, Schauspieler, Sprecher, Autor

Dienstag, Oktober, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18

Ménage à trois 19: Gast ist Marie-Cécile Reber electronics

Ekkehard Sassenhausen, saxes
Bernhard Göttert, cello

Samstag, 29. Oktober, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18

09. + 10.10. KINO: UNKNOWN

von Jaume Collet-Serra
USA/GB/D/F 2011, E d/f 113'

Als Dr. Martin Harris (Liam Neeson) nach einem schweren Autounfall aus dem Koma erwacht, beginnt sein Albtraum erst: Seine Frau Elizabeth (January Jones) erkennt ihn nicht mehr und ein anderer Mann (Aidan Quinn) hat seinen Platz eingenommen. Nicht nur als ihr Ehemann, sondern auch als angesehener Wissenschaftler, der auf einem Kongress einen wichtigen Vortrag halten sollte. Als wäre das nicht genug, wird er auch noch von einem Killer (Stipe Erceg) gejagt. Was ist mit ihm passiert? Harris beginnt, an seinem Verstand zu zweifeln. Um seine Frau und sein altes Leben zurückzugewinnen, macht er Gina (Diane Kruger) ausfindig, die Taxifahrerin, die ihn bei dem Unfall gerettet hat. Sie und der ehemalige Stasi-Agent Jürgen (Bruno Ganz) sind seine einzigen Verbündeten im Kampf um seine Identität gegen einen übermächtigen Gegner.

Sonntag, 9. Oktober, 18.30 + 21 Uhr
Montag, 10. Oktober, 20.30 Uhr
Kino Qtopia, Braschlergasse 10

16.10. KINO: TEENAGER-MÜTTER

Mit dem Bauch durch die Wand
von Anka Schmid
Schweiz 2011, Dial. 93' dok

Zwischen Übermut und Verantwortung. Oder: Die verflixte Freude des Seins, wenn man noch nicht ganz erwachsen, aber bereits Mutter ist.



Frauen kriegen Kinder. Doch ist man, wie Sandra, Jasmine und Jennifer noch keine achtzehn, wenn der Bauch zu wachsen beginnt, wird man schief angeschaut. Und ist das Baby geboren, stellt sich heraus, dass das Leben mit Kind herausfordernder ist, als man sich dies in seinen rosaroten Träumen ausmalte. Eine erfrischende Langzeitstudie über drei blutjunge Mütter, ihre Kinder und deren Väter. Ein Film über erste grosse Lieben, Berufspläne und Zukunftsträume. Ein Film vor allem aber über die Courage und die unerschütterliche Zuversicht, die es braucht, wenn man in einem Alter, in dem andere unbeschwert das Jungsein geniessen, bereits Verantwortung für ein Kind übernimmt.

Sonntag, 16. Oktober, 18.30 und 21 Uhr
Kino Qtopia, Braschlergasse 10

17.10. KINO: LOOK & ROLL...

BEST OF LOOK & ROLL...
Auswahlschau Look & Roll-Festival,
organisiert von
Procacp Zürich-Oberland/Winterthur



Wie wird das Thema Behinderung im Kurzfilm dargestellt? Das 3. internationale Kurzfilmfestival «look & roll» im Herbst 2010 in Basel zeigte Beispiele aus aller Welt. In Zusammenarbeit mit Procacp, einer Selbsthilfeorganisation für Menschen mit Handicap, präsentiert Qtopia ein Best-of-Programm mit ungewöhnlichen Kurzfilmen über ein Leben mit Einschränkungen und besonderen Bedürfnissen. Mit Live-Audiodeskription für Sehbehinderte und Untertiteln für Hörbehinderte.
Als Moderator wirkt Filmjournalist Alex Oberholzer – inkl. Gebärdendolmetscher.

Montag, 17. Oktober, 18 + 20.30 Uhr
Kino Qtopia, Braschlergasse 10

23.10. WAHL-SONNTAG

Nicht vergessen:

An diesem Wochenende werden für die kommenden vier Jahre der Nationalrat und der Ständerat des Kantons Zürich gewählt:

Als Ständerat: Thomas Hardegger
und für die Nationalratswahlen die SP-Liste 2.

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen
Apfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter
bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

Continua da pagina 3

mania e la Repubblica Sociale Italiana, formata dai reduci fascisti. Di fatto, erano entrambi stantuffocci, rispettivamente degli anglo-americani e dei tedeschi.

In questo quadro drammatico nascono le prime formazioni partigiane che con la Resistenza, attiva soprattutto nel centro-nord, danno vita al primo nucleo dell'Italia libera. Nell'aprile del 1945 le forze nazi-fasciste verranno sconfitte.

Alla fine di questa guerra l'Italia sarà in condizioni critiche: i combattimenti e i bombardamenti aerei hanno raso al suolo molte città e molti paesi, e le principali vie di comunicazione sono interrotte. Il numero di italiani morti a causa della guerra sarà molto elevato: sono stimati tra 415.000 (di cui 330.000 militari e 85.000 civili) e 443.000 morti, stimando che la popolazione italiana all'inizio del conflitto era di 43.800.000 persone si arriva a conteggiare circa una vittima ogni 100 italiani.

Il 2 giugno 1946 un referendum istituzionale sancisce la fine della monarchia e la nascita della Repubblica Italiana. Per la prima volta in Italia, per questa occasione, anche le donne avranno diritto al voto. Il 1° luglio Enrico de Nicola viene nominato primo presidente della Repubblica Italiana. Il primo presidente del Consiglio dei ministri sarà Alcide De Gasperi, esponente della Democrazia Cristiana e, salvo poche eccezioni, dal 1946 al 1993 la Presidenza del Consiglio fu democristiana. La nuova Costituzione repubblicana entrerà in vigore il 1° gennaio 1948.

In questi anni l'Italia conoscerà il cosiddetto «miracolo economico» che porterà alla crescita del Prodotto interno lordo del 6.3%, riducendo sensibilmente il divario storico con Paesi quali Inghilterra, Germania e Francia. Si registra un'elevata disponibilità di manodopera, dovuta ad un forte flusso di migrazione dalle campagne alle città e dal sud verso il nord.

Contribuirà alla crescita dell'Italia anche la creazione della CECA (Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio) e in seguito della CEE (Comunità Economica Europea), cui l'Italia aderisce fin dall'inizio.

Il 1968 vede l'Italia trasformarsi radicalmente sul piano sociale, in seguito alle migliorate condizioni di vita dovute al boom economico e al sorgere di movimenti radicali, soprattutto comunisti, che apporteranno profonde modifiche al costume, alla mentalità generale e in particolare alla scuola.

Negli anni settanta e ottanta si hanno forti tensioni politiche, dipendenti anche dalle strategie



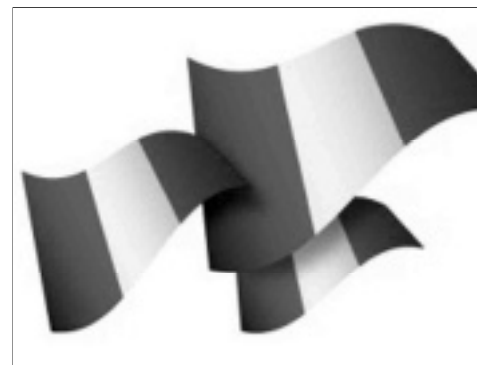
legate alla Guerra Fredda, che porteranno alla forte attività di gruppi terroristici sia di estrema destra sia di estrema sinistra, legati a trame di poteri politici occulti. Questo periodo, detto degli anni di piombo, culmina con l'omicidio dell'allora presidente della Democrazia Cristiana Aldo Moro da parte delle Brigate Rosse e con l'attentato neofascista di Piazza Fontana a Milano.

Negli anni novanta i giudici siciliani Giovanni Falcone e Paolo Borsellino, vittime essi stessi per la causa, aiutati da valenti uomini della polizia, riusciranno a fare arrestare i maggiori membri di Cosa nostra.



Nel 1992 le indagini di Mani pulite sul fenomeno dilagante delle tangenti coinvolgeranno numerosi esponenti di tutto il pentapartito guidato da Bettino Craxi. Subito dopo lo scandalo, che coinvolge numerosi personaggi politici di spicco, sorgono nuovi partiti, come Forza Italia, guidata dall'imprenditore Silvio Berlusconi. In questa fase, definita «Seconda Repubblica», si consolida il principio del bipolarismo, attraverso le figure di Silvio Berlusconi e di Romano Prodi.

Nel 2008 dopo diverse alternanze, al governo sale il partito del Popolo della Libertà, nato



dall'unione dei partiti Forza Italia e Alleanza Nazionale.

L'Italia oggi la lascio giudicare a tutti voi. Da qualche parte ho letto che la «giustizia non è di questo mondo». Alla giustizia, infatti, oggi non vengono più dati i mezzi per realizzarsi. La monopolizzazione mediatica contribuisce all'assuefazione delle coscienze.

Voglio chiudere questa breve storia italiana citando una frase su cui riflettere:

«È normale che esista la paura in ogni uomo, l'importante è che sia accompagnata dal coraggio. Non bisogna lasciarsi sopraffare dalla paura, altrimenti diventa un ostacolo che impedisce di andare avanti. [...] deve essere innanzitutto un movimento culturale che abiti tutti a sentire la bellezza del fresco profumo della libertà che si oppone al puzzo del compromesso morale, dell'indifferenza, della contiguità e quindi della complicità.» *Paolo Borsellino*

FORUM Redazione:

Valerio Modolo, Carmela Damante,
Claudio Marsiglia, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster

Elezione del Consiglio nazionale del 23 ottobre: Di cosa si tratta.

Per tutti e non per pochi privilegiati

Ogni quattro anni gli elettori sono chiamati alle urne per l'elezione del Consiglio nazionale e del Consiglio degli stati. Il segnale di queste elezioni è chiaro: Che genere di politica vogliono gli elettori? Un politica conflittuale del tipo «tutti contro tutti»? O vogliono una politica in cui insieme ci assumiamo una responsabilità collettiva? Una politica per tutti e non per pochi privilegiati.

Di Jacqueline Fehr, Consigliere nazionale, vicepresidente del PS svizzero.

Nell'anno delle elezioni l'impegno patriottico a favore della Svizzera sembra diventare un caso di coscienza. Mentre alcuni partiti corteggiano gli svizzeri «soddisfatti» o «felici» o «trionfanti», altri si specializzano negli «insoddisfatti». Dietro c'è il tentativo di assicurare agli elettori che, in questi tempi difficili, loro difendono la patria. Difesa della patria pubblicizzata a forza di fantasia del tipo: Solo chi comincia la sua giornata con il saluto alla bandiera, conosce a memoria tutte e

tre le strofe (o sono quattro?) dell'inno nazionale e si lascia scappare qualche lacrima di commozione leggendo il Tell di Schiller è anche in grado di lottare per il bene del nostro paese.

Vogliamo davvero permettere che i termini «paese» e «Svizzera» siano ridotti a frasi vuote da pubblicità scadente. La Svizzera è più di una testimonianza superficiale. L'ex consigliere federale Ritschard disse una volta: «Il proprio paese è là dove non si ha paura». Ci sentiamo a casa dove sappiamo com'è la vita, come funziona, e dove ci sentiamo a nostro agio. La patria è dove ci fidiamo l'uno dell'altro e dove ci impegniamo per affrontare insieme le sfide del domani.

Ci sono delle forze in questo paese che fanno politica secondo il vecchio motto bellico «divide et impera». Tutti contro tutti: i vecchi contro i giovani, i malati contro i sani, la città contro la campagna. Solo pochi approfittano di questa politica. A pagare è la stragrande maggioranza. Gli uni perché devono affrontare i costi sempre più alti delle assicurazioni per le malattie, gli altri perché devono lottare con gli affitti in ascesa; alcuni non riescono più a pagare gli abbonamenti per i trasporti pubblici e altri hanno paura dei costi elevati per l'assistenza degli anziani.

Il PS ha un altro concetto della società equa. Noi ci impegniamo per una politica che si prefigge il bene di tutti e non si allinea agli interessi particolari di pochi. Vogliamo una società in cui tutti si assumano la responsabilità di tutti. Una società in cui le persone possano poggiare su un terreno solido e condurre una vita indipendente, priva di convenzioni ipocrite.

La Svizzera è un paese che crede nella coesistenza. Insieme abbiamo costruito ciò su cui oggi possiamo contare: dall'AVS alla scuola pubblica, dalle FFS alle Università. Insieme teniamo conto della bellezza del nostro paese e ci difendiamo, se interessi particolari, mirati a profitti transitori, minacciano il bene comune.

La Svizzera è un paese che rispetta la concordanza. La Svizzera sta bene se ognuno di noi si sente responsabile nei confronti dell'altro. Un'espressione di ciò è la nostra previdenza



Jacqueline Fehr (1963) è responsabile di diversi progetti politici e consigliere nazionale dal 1998. Si è candidata sulla lista del PS in posizione 2.

Continua da pagina 1

Elezioni federali svizzere

aveva guadagnato diversi seggi con una campagna demagogica contro gli stranieri, ora ha ricominciato con una campagna elettorale aggressiva contro l'emigrazione di massa di stranieri, pronti ad entrare in Svizzera, sempre il solito populismo che purtroppo fa ancora presa su una parte degli indecisi.

I primi sondaggi, che non sono sempre amati dai partiti, danno per ora in vantaggio dell'UDC che potrebbe raggiungere il 30% delle preferenze, anche il partito liberale e i verdi liberali sono in ascesa, i socialisti sembrano avere qualche difficoltà. Al momento è difficile prevedere cosa succederà, una cosa è certa, l'UDC, al contrario della sinistra, ha a disposizione grandi mezzi finanziari per convincere gli indecisi, questo potrebbe incidere in modo decisivo sul risultato elettorale.

Noi, pur essendo apartitici come prevede il nostro statuto, tifiamo per il PS, in quanto è l'unico partito di governo che ha sempre dimostrato sensibilità per i nostri problemi ed è stato sempre disponibile al dialogo.

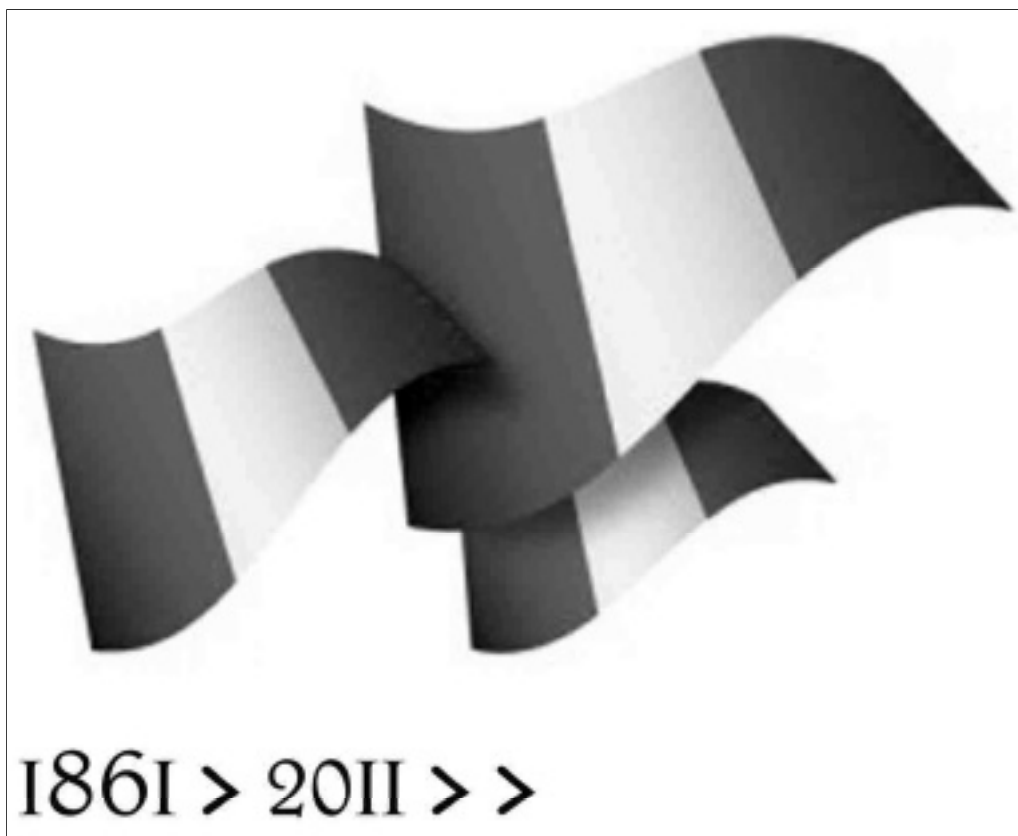
sociale, ma anche la volontà di riallacciare i ponti tra le aree urbane e rurali, tra i cantoni e le regioni linguistiche.

La Svizzera è un paese che si basa sulla democrazia. Insieme decidiamo quello che sarà il nostro futuro. Insieme abbiamo una responsabilità collettiva. E insieme decidiamo, con un giusto sistema fiscale, quanto ci vogliamo permettere di quello che da soli non arriveremmo a finanziare: l'istruzione, la sanità, le strade, i trasporti pubblici, la polizia, la sicurezza giuridica, la pensione ecc.

La Svizzera è un paese che richiama come principio la libertà. Vogliamo essere indipendenti e vogliamo decidere in maniera autonoma della nostra vita. Diciamo di sì alle regole del gioco su cui si basa la nostra comunità, perché sappiamo che la nostra libertà è limitata da quella dell'altro. Divieti però che mirano solo a soffocare stili e modelli di vita, li percepiamo e li respingiamo come limitazioni inutili e paternalistiche.

La Svizzera che si basa sui concetti di coesistenza, concordanza, democrazia e libertà: questa è la nostra Svizzera. **La Svizzera per tutti e non per pochi privilegiati.**

L'Italia compie 150 anni.



Breve storia del Bel Paese

«Se voi volete andare in pellegrinaggio nel luogo dove è nata la nostra Costituzione, andate nelle montagne dove caddero i partigiani, nelle carceri dove furono imprigionati, nei campi dove furono impiccati. Dovunque è morto un Italiano per riscattare la libertà e la dignità, andate lì, o giovani, col pensiero, perché lì è nata la nostra Costituzione.»

Piero Calamandrei

Da Carmela Christen Damante

Il Regno d'Italia nasce nel 1861 e la popolazione, rispetto l'originario Regno di Sardegna, si quintuplica. Istituzionalmente e giuridicamente il Regno viene configurato come un ingrandimento del Regno di Sardegna. Le personalità coinvolte in tale processo furono molte, ma quattro spiccano su tutte: Giuseppe Mazzini, fondatore della Giovine Italia e figura eminente del movimento liberale repubblicano italiano ed europeo; Giuseppe Garibaldi, repubblicano e di simpatie socialiste; Camillo Benso conte di Cavour, statista in grado di muoversi sulla scena europea per ottenere sostegni, anche finanziari, all'espansione del Regno di Sardegna; Vittorio Emanuele II di Savoia, abile a concretizzare il contesto favorevole con la costituzione del Regno d'Italia.

L'inizio del regno vede l'Italia impegnata in una serie di guerre di espansione coloniale in Somalia e in Eritrea. Allo scoppio della Prima guerra mondiale l'Italia assume inizialmente una posizione di neutralità, per poi scendere al fianco degli alleati il 23 maggio 1915 in seguito alla firma del segreto Patto di Londra. Dopo i primi due anni di guerra di trincea, l'Italia subisce nella battaglia di Caporetto il pesantissimo attacco delle forze austro-tedesche (24 ottobre 1917), la cui avanzata viene fermata però sulla linea del Piave.

A partire da questo fiume, divenuto sacro alla patria, l'esercito italiano riesce, con l'apporto di nuove leve ancora diciassetenni, a sferrare una controffensiva nel giugno 1918, fino alla vittoria finale ottenuta nella battaglia di Vittorio Veneto (4 novembre).

Con la fine della Grande Guerra l'Italia completa la sua riunificazione nazionale acquisendo il Trentino-Alto Adige, la Venezia Giulia, l'Istria ed alcuni territori del Friuli ancora irredenti. La guerra però porta numerosissimi morti soprattutto nella fascia di età compresa tra 20 e 24 anni. Inoltre, l'Italia non vedrà riconosciuti i diritti territoriali sulla Dalmazia (incluse le città di Zara (Croazia), Sebenico e Tenin) acquisiti in base al Patto di Londra, con cui aveva negoziato la propria entrata in guerra.

In questo contesto il 23 marzo 1919 Benito Mussolini fonda a Milano il primo fascio di combatti-

mento, un nuovo movimento che si autodefinisce partito dell'ordine e che riesce a guadagnarsi la fiducia dei ceti più ricchi e conservatori. Successivamente, dopo un discorso in Parlamento, Mussolini si dichiara dittatore. Nel biennio 1925-1926 vengono emanati una serie di provvedimenti liberticidi e viene creato un Tribunale speciale con amplissimi poteri, in grado di mandare al confino con un semplice provvedimento amministrativo le persone sgradite al regime. Dopo le conquiste di Hitler di Austria, Sudesti, Cecoslovacchia e le imprese militari italiane in Etiopia ed Albania (1938), il 22 maggio 1939 viene firmato il Patto d'Acciaio tra Germania e Italia.

Il 10 giugno 1940 l'Italia entra nella Seconda guerra mondiale come alleata della Germania contro Francia e Regno Unito. Nel 1941 viene dichiarata guerra anche all'Unione Sovietica e, con l'Impero giapponese, agli Stati Uniti d'America. Molte difficoltà militari però colpiranno Mussolini. Il 24 luglio 1943, dopo una riunione del Gran Consiglio del Fascismo il duce viene sfiduciato. Vittorio Emanuele III decide quindi di sostituirlo a capo del governo con Pietro Badoglio. Proprio mentre si trova a colloquio con il re, Mussolini viene arrestato.

Il Paese si ritrova, così, nel caos e diviso in due: il Regno del Sud a fianco degli alleati contro la Ger-

Continua a pagina 4

Elezione del Consiglio Nazionale e del Consiglio degli Stati: 23 ottobre 2011

Elezioni federali svizzere

Il prossimo 23 ottobre, il popolo svizzero sarà chiamato alle urne per eleggere il nuovo parlamento, sarà rinnovato il Consiglio Nazionale e il Consiglio degli Stati. Hanno diritto di voto ed eleggibilità, tutti i cittadini svizzeri che abbiano compiuto diciotto anni di età.

Di Valerio Modolo

Consiglio Nazionale

Il Consiglio Nazionale, è una delle camere che compongono il parlamento svizzero, equivalente alla camera dei deputati italiana, viene eletto ogni quattro anni, la penultima domenica di ottobre, con modalità previste dal diritto federale.

Il Nazionale è composto di 200 membri, ogni cantone forma una circoscrizione elettorale, ed elegge almeno un rappresentante, anche se la sua popolazione è inferiore alla media nazionale di abitanti per seggio, fissata attualmente a 35000 unità. I consiglieri nazionali sono eletti col sistema proporzionale, contrariamente al maggioritario, si vuole che i partiti siano rappresentati in modo equo in base alla loro forza elettorale.

Sono eleggibili solo i candidati iscritti su una lista depositata da un partito o da un movimento politico. I seggi sono attribuiti ai partiti in base al nu-

mero di voti ricevuti, automaticamente verranno eletti i candidati di ogni partito che hanno ottenuto il maggior numero di preferenze in base al numero di seggi assegnati al partito.

Nelle ultime elezioni del 2007, al Consiglio Nazionale, l'SVP/UDC (unione democratica di centro) era il partito di maggioranza relativa con 62 seggi, seguito dal PS (partito socialista) con 43 seggi, mentre il FDP/PRL (partito liberale) aveva 31 seggi, al CVP/PDC (cristiano sociali) furono assegnati 31 ed ai verdi 20, seguiti poi da diversi piccoli partiti.

Consiglio degli Stati

L'elezione del Consiglio degli stati non è regolata a livello federale, la procedura elettorale è retta dal diritto cantonale.

Per il Consiglio degli Stati vengono eletti 46 membri, ogni cantone elegge due rappresentanti, mentre i semicantoni di Basilea città e campagna, Appenzello interno ed esterno, Obvaldo e Nidvaldo ne eleggono uno per ciascuno.

A differenza del consiglio nazionale non sono tenuti in considerazione il numero di abitanti, ne consegue che un Cantone come Zurigo, con più di un milione di abitanti, avrà al Consiglio degli stati due rappresentanti, come il Cantone di Uri che ha una popolazione di solo 36000 persone.

Il consigliere agli Stati di Appenzello interno

viene eletto il mese di aprile antecedente le elezioni, attraverso una Landsgemeinde (assemblea di tutti i cittadini con diritto di voto).

Le elezioni per il Consiglio di Stato dei Cantoni Giura e Neuchâtel si svolgeranno con il sistema proporzionale, mentre tutti gli altri Cantoni hanno optato per il maggioritario.

Coloro che sono eletti nell'assemblea federale, non possono esercitare tale mandato contemporaneamente ad altre attività previste dalla costituzione e dalla legge. Consiglieri federali o giudici del tribunale federale, oppure dirigenti di una azienda parastatale, come le poste o le ferrovie federali, sono cariche che non sono compatibili con l'esercizio di un mandato parlamentare.

In caso di incompatibilità, il parlamentare interessato dovrà dichiarare dinanzi la propria camera, quale attività intende esercitare.

Hanno diritto al voto anche gli svizzeri residenti all'estero che sono 695000, di cui 135877 iscritti al catalogo elettorale svizzero per poter esercitare il proprio diritto di voto e di elezione.

In questa occasione, per la prima volta nella storia della Confederazione Svizzera, circa 21 500 Svizzeri residenti all'estero originari dei Cantoni di Argovia, Basilea Città, Grigioni e San Gallo, avranno la possibilità di votare elettronicamente. La Svizzera è, insieme all'Estonia, l'unico Stato che offre attualmente la possibilità di votare via Internet. La Co-

stituzione federale autorizza gli Svizzeri all'estero a partecipare all'elezione del Consiglio nazionale e a candidarsi per lo stesso. Possono invece partecipare all'elezione del Consiglio degli Stati solo se il diritto cantonale lo prevede esplicitamente.

La campagna elettorale è già entrata nel vivo, con toni molto accesi, soprattutto l'UDC che nelle scorse elezioni

Thomas Hardegger del PS cantone di Zurigo è pronto per il Consiglio degli Stati.



Continua a pagina 2